**Bezugspreis**
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Redaktion Nr. 1140; Geschäftsstelle Nr. 176; Nebengeschäftsstelle (Markt 24) Nr. 2265.

**Abend-Ausgabe.**

# Saale-Zeitung.

Einundvierzigster Jahrgang.

**Anzeigen**
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf.

Erscheint wöchentlich zweimal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

**Nr. 368.** Halle a. d. Saale, Donnerstag, den 8. August **1907.**

## Wahlreform in Preußen.

Seit Abg. Naumann vor acht Tagen seinen Artikel über die preußische Wahlreform veröffentlichte, ist die Sache in der Presse nicht wieder zur Ruhe gekommen. Es wurde dabei verschiedentlich der Versuch unternommen, die Aeußerungen und Wünsche Naumanns mit den Ansichten des Reichskanzlers und Ministerpräsidenten Fürsten Bülow zu identifizieren. Naumann sollte gewissermaßen als dessen Fühler gedient haben. Das ist nun inzwischen durch Naumann selbst genügend widerlegt worden. Er ist in dieser Frage nicht der Vertrauensmann des Fürsten Bülow und man wird wohl überhaupt die weitere Meldung als richtig annehmen müssen, daß hierbei in erster Linie der neue Minister des Innern, nicht Fürst Bülow Vorschläge wird machen müssen. Also heißt es noch ein Weilchen Geduld üben, bis diese bekannt werden. Auch die von einem sozialdemokratischen Frankfurter Blatte mitgeteilten Grundzüge einer angeblichen preußischen Wahlreform, bei der allgemeines und direktes Wahlrecht mit Standesvertretungen und Pluralsystem in seltsamer Weise gemischt waren, haben sich inzwischen als eitel Phantasien, als ein Fühler von der andern Seite, herausgestellt. Die lebhaften Erörterungen aber, die sich an diese Meldungen anschließen, beweisen, welch tiefgehendem Interesse die preußische Wahlrechtsfrage begegnet. Und in der Tat ist es ja diejenige, auf welche vor allem die Blockpolitik des Reichskanzlers demnächst ihre stärkste Probe wird machen müssen.

Vom entschieden liberalen Standpunkte aus kann für Preußen nur ein gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht verlangt werden, das kein Klassensystem kennt, ein Wahlrecht, das so beschaffen ist wie das heutige Reichswahlrecht. Es ist ein auf die Dauer unmöglicher Zustand, daß der Preuße innerhalb seines engeren Vaterlandes ein anderes Wahlrecht haben wie als Deutscher, — der Preuße ist ja doch auch ein Deutscher. Und warum sollte das in Preußen nicht zu erreichen sein, was die süddeutschen Staaten bereits besitzen? Gerade wegen seiner Stellung innerhalb der deutschen Staatengebilde hätte Preußen in der Hinsicht schon längst mit einer entscheidenden Reform vorgehen und sein „elendestes aller Wahlsysteme" beseitigen müssen. Das hauptsächlichste Hindernis hierfür war aber von jeher das erst auf Grund dieses Wahlsystems gewählte Abgeordnetenhaus selber resp. dessen konservative Mehrheit, die jeden freieren Zug in Preußen zu verhindern strebte. Vom Herrenhause ganz zu schweigen, das seiner ganzen Zusammensetzung nach als Parlament überhaupt eine recht fragwürdige Erscheinung bildet. Dieses ist, wie Naumann ganz richtig sagt, die „Zitadelle des Rückschritts"; von ihm auch ist vielleicht ein noch stärkerer Widerstand bei jeder Wahlreform in Preußen zu erwartenals vom Abgeordnetenhaus.

Eine gründliche Wahlreform in Preußen kann nach Lage der Dinge nur mit einem gehörigen Druck von oben und durch eine zunehmende Bewegung von unten aus in die Wege geleitet werden. Es gibt schließlich auch innerhalb der konservativen Parteien eine Anzahl Leute, denen die Ungerechtigkeit und Unzweckmäßigkeit des preußischen Wahlrechts bekannt ist und die sich daher einer größeren Reform nicht so ohne weiteres widersetzen wie die Fraktionen des Abgeordnetenhauses. Sogar die reaktionäre „Kreuzzeitung" deutete erst dieser Tage an, daß der Reichskanzler die Grenze wisse, bis zu der die preußischen Konservativen eine Wahlrechtsreform mitmachen würden; wolle er weitergehen, so würden ihn ihre Warnungen sicher nicht abschrecken. Das ist ein ganz interessantes Zugeständnis, dem man auch weiter entnehmen kann, daß Fürst Bülow sich mit maßgebenden Männern der konservativen Partei über die Wahlrechtsfrage unterhalten und dabei weitergehende Zugeständnisse verlangt hat. Aber über seine Pläne und darüber, wie weit etwa die Konservativen als geschlossene Partei zu ihrer Verwirklichung mit beitragen werden, verlautet noch nichts. Und doch muß auch die konservative Partei hierbei entschieden mitwirken, wenn sie, um mit einem ihrer Führer, dem Abg. Irmer, zu reden, verhindern will, daß Fragen des Wahlrechts in jedem Augenblick wieder aufgerollt werden. Freilich kam auch bei ihm der weitere Nachsatz, daß gerade aus diesem Grunde die Konservativen an dem bisherigen System grundsätzlich nicht rütteln wollen. Es fragt sich da allerdings, wie weit die Partei hierbei geschlossen vorgeht und ob es gerade über der Wahlrechtsfrage nicht zu Absplitterungen in ihr kommen wird. Dem Reichskanzler wird, wenn es ihm Ernst ist mit seiner Blockpolitik im Reiche, schließlich doch nichts anderes übrig bleiben wie ein Kampf als Ministerpräsident gegen die Steifnackigkeit der Konservativen in Preußen.

Eine wirksame Unterstützung kann ein solcher Kampf von oben aber durch den weiteren Kampf von unten finden. In dieser Hinsicht ist für uns eine Aeußerung des süddeutschen Volksparteilers Payer von besonderem Interesse. Er schrieb nämlich dieser Tage:

> Das Wichtigste scheint mir zu sein, daß der Kampf überhaupt einmal begonnen wird, mit oder ohne Bülow, mit den politischen Beamten oder gegen sie. Solche Fragen müssen doch in der Regel von unten her gelöst werden. Ueber das preußische Herrenhaus kann auch die preußische Regierung nur Herr werden, wenn sie von einer gewaltigen Strömung getragen wird. Ist eine solche wirklich vorhanden, so kann sich auch die Regierung derselben auf die Dauer nicht entziehen, ob es ihr paßt oder nicht. Der ausschlaggebende Faktor sind am Ende das politische Verständnis und die politische Energie des preußischen Volkes. Auf dieses mit aller Macht einzuwirken, scheint auch mir deshalb die nächste Aufgabe. Gelingt es, das Volk auf die Schanzen zu bringen, so erleichtert das auch dem Reichskanzler die Stellungnahme. Denn ohne eine starke und nachhaltige Unterstützung von unten den Kampf gegen die Konservativen allein aufzunehmen, kann ihm eigentlich niemand zumuten.

Bei den letzten Reichstagswahlen hat eine gewaltige Strömung im Reiche sich bereits geltend gemacht, die bewies, daß auch im Zeichen des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts eine der Regierung genehme nationale Mehrheit zustande kommen kann. Die nationale Strömung, die damals einsetzte, hat der sozialdemokratischen Partei einen erheblichen Abbruch zugefügt; sie hat zwar dem Zentrum alsbald noch keinen weiteren Schaden antun können, aber sie hat in ihrer Fortdauer doch bewirkt, daß jetzt durch die gesamte katholische Wählerschaft Deutschlands, die bisher ihren Vereinigungspunkt im Zentrum suchte und fand, eine zunehmende mächtige Bewegung geht, die auch dieser reaktionären Partei zweifellos mit der Zeit einen erheblichen Abbruch tun wird. Von einer schweren „roten Gefahr" in Preußen, mit der man namentlich auf konservativer Seite immer wieder rechnet, ist bei einer so durchgreifenden Wahlreform, wie sie Naumann verlangt und der auch wir beipflichten, nicht zu rechnen. Ja, man kann sogar annehmen, daß gerade mit einem Wahlsystem, das mit den bisherigen Ungerechtigkeiten und Entrechtungen aufräumt, auch ein großer Teil der Unzufriedenheit beseitigt wird, die der sozialdemokratischen Partei bisher immer neue Nahrung zuführte. Die Wahlrechtsreform in Preußen muß auch dies mit berücksichtigen — jetzt heißt es, nicht bloß den Mund spitzen, es muß auch gepfiffen werden. Im nächsten Jahre stehen Neuwahlen für das Abgeordnetenhaus bevor; bis dahin wird man hoffentlich Klarheit erhalten über die Reformpläne der Regierung. Diese müssen in der Hauptsache auch die Wahlparole abgeben. Für die liberalen Parteien aber kann es in dieser Frage nur eine Parole geben, und die lautet wie früher: allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht auch für Preußen!

H.

## Deutsches Reich.

### Hof- und Personalnachrichten.

— Die Kaiserin begab sich gestern mit der Prinzessin Viktoria Luise und Umgebung im Automobil von Wilhelmshöhe nach Witzenhausen und besuchte die dortige deutsche Kolonialschule.

### Die katholische Bewegung.

Der „Köln. Ztg." zufolge hat das Komitee der Münsterschen Laienbewegung keineswegs seine Tätigkeit eingestellt, ist vielmehr bemüht, engeren Anschluß an die süddeutschen Kreise von gleicher oder ähnlicher Gesinnungsart zu erreichen. Aus diesem Grunde ist man dem Plane nähergetreten, eine öffentliche Versammlung aller Fortschrittskatholiken von Nord und Süd einzuberufen. Als geeigneten Ort dafür hat man Köln ins Auge gefaßt, indessen ist eine definitive Entschließung auch über den Zeitpunkt noch nicht getroffen. Gegenüber der Darstellung, als wenn die Bewegung aussichtslos sei, erfährt der Gewährsmann der „K. Z.", daß die Erregung in katholischen Kreisen allgemein sei. „Von gebildeten katholischen Laien höre man nur zustimmende Aeußerungen zu dem Vorgehen des Komitees und erhoffe davon einen dauernden Erfolg für ein selbständiges Auftreten des deutschen Katholizismus gegenüber den Bevormundungsbestrebungen von jesuitischer Seite; auch die Geistlichen sprächen entweder offen ihre Zustimmung aus oder gäben sich keine große Mühe, ihr Einverständnis zu verhehlen.

Eine Erklärung, welche die Unterzeichner des Aufrufs zur Errichtung eines Grabdenkmals zu Ehren Hermann Schells in Würzburg erlassen haben, hat folgenden Wortlaut:

> Am 16. Juli 1907 hat das Komitee durch den Herrn Staatssekretär Kardinal Merry del Val den Heiligen Vater in Kenntnis gesetzt, daß die Auffassung des Wiener Professors Commer, als ob die Errichtung eines Grabdenkmals zu Ehren Schells eine Demonstration gegen den Heiligen Vater bedeute, nicht den Tatsachen entspreche. Damit waren die in dem bekannten Papstbriefe an Commer auf falschen Voraussetzungen gründenden päpstlichen Aeußerungen gegenstandslos geworden. Diese Tatsache hat in seinem Antwortschreiben am 25. Juli 1907 der Herr Kardinal-Staatssekretär auch anerkannt. Trotz dieser amtlichen Aufklärung veröffentlicht das Würzburger Diözesanblatt am 1. August den genannten Papstbrief, wodurch die auch vom päpstlichen Stuhle nicht mehr erhobenen Anschuldigungen erneuert und dem ganzen Klerus und Volk dargeboten wurden. Hierin erblicken die Unterzeichneten den auch nach dem Urteil des Papstes nicht begründeten Vorwurf der Unwissenheit in der katholischen Wahrheit oder der Renitenz gegen den Apostolischen Stuhl. Darum weisen dieselben ebenso entschieden wie entschieden und nachdrücklich diesen zweifellos unbeabsichtigten, aber tatsächlich in der Oeffentlichkeit vollzogenen Vorwurf als einen unbegründeten Angriff, der eine schwere Schädigung ihres Ansehens als Katholiken und Staatsbürger herbeizuführen geeignet ist, zurück.

Wegen der Veröffentlichung des päpstlichen Briefes an Commer durch das Würzburger Diözesanblatt erklärten mehrere

## Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

### Das lenkbare Kriegsluftschiff.

Von Hauptmann Günther Beseler.

Der große Erfolg, den das den Gebrüdern Lebaudy gehörende lenkbare Luftschiff „La Patrie" bei der Truppenschau der Pariser Besatzung am 14. Juli davontrug, hat nicht nur in Frankreich, sondern namentlich in England großes Aufsehen erregt. In Deutschland erfuhr man durch den fast gleichzeitig erfolgenden, gelungenen Aufstieg eines lenkbaren Militärballons, daß die Fortschritte Frankreichs auf diesem Gebiete mindestens erreicht, wenn nicht gar um ein weniges übertroffen worden sind, und daß man dem „Kriege in den Lüften" voll Ruhe entgegensehen kann, soweit dafür das leblose Material bis jetzt in Frage kommt.

Anders in England! Die britische öffentliche Meinung, die immer aufs höchste erregt wird, wenn wieder einmal die Behauptung in der Presse auftaucht, daß die Inseln der Vereinigten Königreiche die Beute eines Eroberers werden könnten, sieht im Geiste bereits die lenkbaren Luftschiffe festländischer Heere über den Meeren schweben und die mächtigen Panzer, die schwimmenden Wälle des Reiches, durch furchtbar wirkende Sprengkörper zerstören. Eine unlängst in Deutschland erschienene Broschüre, die den zukünftigen Luftkrieg in phantastischer Weise schildert, mag die Darlegungen der englischen Presse beeinflußt haben. In Wirklichkeit liegt aber bisher nicht der geringste Anlaß zu solchen Befürchtungen vor, denn tatsächlich ist das lenkbare Luftschiff immer noch ein in seiner Art ungelöstes Problem.

Die Vorschläge, Ballons zu Truppentransporten und zum Werfen von Sprengkörpern gegen lebende oder tote Ziele zu verwenden, sind über ein Jahrhundert alt. Sie wurden bereits 1804 gemacht, als Napoleon in Boulogne s. m. ein Heer zusammenzog und dieses nach England überzusetzen drohte. Der kindliche Plan ging dahin, über einer Riesengondel eine größere Zahl von Ballons zu vereinigen und dann die angeblich gewaltige Tragkraft für den Transport ganzer Truppenteile auszunützen. Zum Glück für die braven Streiter der kaiserlichen Armee ging man auf die Idee nicht weiter ein: sie verfiel der wohlverdienten Lächerlichkeit.

Dagegen wurde von seiten der russischen Artillerie während des Feldzuges von 1812 Versuche unternommen, aus bemannten und unbemannten Ballons Granaten gegen französische Truppenteile zu werfen. Es zeigte sich sehr bald, daß diese Art Kriegführung dem Freunde mindestens ebenso gefährlich werden könnte wie dem Gegner. Der absolut unsichere Standpunkt, den die Gondel in jedem Augenblick des Ballonfluges einnimmt, erlaubt kein „Zielen" und die aus der Höhe nach der Tiefe gehenden Geschosse fallen unter Abgangswinkeln, die mit auch nur einiger Sicherheit zu bestimmen ganz und gar unmöglich bleibt. Jeder praktische Luftschiffer weiß, zu welchen Ueberraschungen das Auswerfen von Ballast (Sand, Flaschen) aus der Gondel führen kann.

Das russische Vorgehen war ziemlich unbeachtet geblieben oder vergessen worden. Sonst würde es das österreichische Geniekorps wohl kaum im Sommer 1849 bei der Belagerung von Venedig erneuert haben. Von den mehreren hundert unbemannten Ballons, die mit Brand und Sprengsätzen versehen, von Mestre her aufstiegen, explodierte nicht einer über oder in der Lagunen-Stadt. Alle wurden ins Meer getrieben. Die Idee war demnach buchstäblich ins Wasser gefallen und tauchte erst fünfzig Jahre später in der Ersten Friedenskonferenz im Haag wieder auf. In einer zweiten Deklaration zu dem Verbot der Anwendung inhumaner Kriegsmittel kamen die Mächte darin überein, daß das Werfen von Geschossen und Sprengstoffen aus Luftschiffen oder auf anderen neuen Wegen für die Dauer von fünf Jahren zu verbieten sei. Diese Bestimmung ist seither nicht erneuert worden, weil sie jedes praktischen Hintergrundes entbehrt. Mit dem 28. Juli 1904 lief das Verbot ab.

Frankreich hat der militärischen Luftschiffahrt von jeher die größte Aufmerksamkeit geschenkt. Schon 1793 besaß die französische Armee zwei Kompagnien „Aërostiers", die Vorläufer der modernen Luftschiffertruppen. Freilich verging nahezu ein Jahrhundert, ehe das neue Kriegswerkzeug eine größere Bedeutung in der Form des Fesselballons erlangte, dessen sich jetzt die Mehrzahl der Heeresleitungen bedient. Der Organisator des französischen Luftschifferparks, der Oberst Renard, war es auch, der am 22. September 1885 in Meudon einen lenkbaren Ballon erzeugte, der 6 Meter in der Sekunde zurückzulegen vermochte und der nach einer kurzen Rundfahrt wieder an der Ausgangsstelle landete.

Das Fahrzeug, das von einem leichten Motor getrieben wurde, der seine Kraftquelle in einer eigenartigen galvanischen Batterie hatte, erregte mit Recht großes Aufsehen. Aber bald stellte es sich heraus, daß es kein brauchbares Kriegswerkzeug war, und ähnliche Urteile mußten die Fachmänner, so schwer es ihnen gelegentlich auch ankommen mochte, über die späteren ähnlichen Konstruktionen, selbst des Grafen Zeppelin und des Brasilianers Santos Dumont, fällen.

Die französische Heeresverwaltung, die dauernd der Lösung des Problems mit dem höchsten Interesse folgte, verpflichtete 1906 die Gebrüder Lebaudy, ihre Erfahrungen, ihr Personal und ihre Werkstätten in den Dienst der Landesverteidigung zu stellen. Das lenkbare Luftschiff „La Patrie" wurde gebaut und erprobt, und darauf als Muster für fünf ähnliche Fahrzeuge angenommen. Diese werden demnächst in bestimmten Forts der Festungen Toul, Verdun, Belfort und Besançon sowie im Lager von Chalons untergebracht und von einer nach besonderen Grundsätzen ausgebildeten Truppe in der Stärke von 48 Offizieren und 92 Unteroffizieren bedient werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19070808027/fragment/page=0001

Mitglieder des Schell-Denkmalkomitees ihren Austritt aus dem Lokalkomitee des Deutschen Katholikentages.

Mehrere hervorragende Mitglieder des Schell-Denkmalkomitees hatten beim Papst um eine Audienz nachgesucht. Wie nunmehr die Würzburger Blätter melden, ist die Gewährung einer Audienz in der Schellfrage vom Heiligen Stuhl abgelehnt worden.

## Zur preußischen Wahlrechtsfrage.

Von unterrichteter Seite wird verschiedenen Blättern weiter geschrieben:

Die Mitteilungen, die in der sozialdemokratischen Presse über einen angeblichen Bülowschen Entwurf zur Umgestaltung des preußischen Landtagswahlrechts gemacht werden, entbehren vollkommen der Begründung. Fürst Bülow hat weder als Reichskanzler noch als preußischer Ministerpräsident die Aufgabe, seinerseits einen solchen Entwurf auszuarbeiten. Diese Aufgabe liegt vielmehr dem preußischen Ministerium des Innern ob, welches bei der Wichtigkeit des Gegenstandes ihn naturgemäß nicht ohne engste Fühlung mit dem gesamten Staatsministerium in Angriff nehmen wird. Vorderhand hat das Ministerium des Innern nicht einmal einen vorläufigen Entwurf aufgestellt; der Wechsel in der Person des Ministers des Innern bringt selbst für die Aufstellung eines vorläufigen Entwurfes eine natürliche Verzögerung mit sich. Sicher ist zurzeit nur soviel, daß die Umgestaltung des preußischen Landtagswahlrechtes zu den staatlichen Aufgaben zählt, deren Lösung in absehbarer Zeit versucht werden wird. — Das ist allerdings sehr offiziös stilisiert.

## Schulaufsicht und Schulleitung.

Zu dem Beschluß des Rheinisch-Westfälischen Lehrervereins, der die Abschaffung der Lokalschulinspektion und des Rektorats fordert, und der dem nächsten preußischen Lehrertag vorgelegt werden soll, schreibt das Hauptorgan des Preußischen Lehrervereins, die „Pädagog. Ztg.", daß die Beseitigung der Lokalschulinspektion eine Forderung der gesamten deutschen Lehrerschaft sei, nicht aber die Aufhebung einer die Einheitlichkeit der Schularbeit in mehrklassigen Schulen gewährleistenden Schulleitung. Die gegenwärtige Situation in der preußischen Lehrerschaft mache es in Verbindung mit der Besoldungsfrage zu einer zwingenden Notwendigkeit, daß sich die Gesamtheit des Preußischen Lehrervereins bei seiner nächsten Tagung mit der Angelegenheit befasse und die immer mehr brennende Frage der Schulaufsicht mit ihrer immer wachsenden Reibungsfläche in der Lehrerschaft sei des Versuches wert, der dazu beitragen könnte, sie einer befriedigenden Lösung entgegenzuführen. Im übrigen steht aber auch die „Päd. Ztg." auf dem Standpunkt, daß die Forderung der Abschaffung des Rektorats zu weit geht. Je mehr die Lehrervereine in dieser Weise den Rektor, d. h. den verantwortlichen, mit dem notwendigen Einfluß ausgerüsteten Schulleiter bekämpfen, desto mehr stärken sie die Position des Rektorenvereins, und zwar ebenso sehr die moralische in der Oeffentlichkeit, wie die politische gegenüber den Staatsbehörden. Auch wir meinen, daß die rheinischen Forderungen nur Wasser auf die Mühle des Rektorenvereins sind, der noch auf seiner letzten Generalversammlung in Herrn v. Studt das Ideal eines Unterrichtsministers sah, weil dieser angeblich allein für die berechtigten Ansprüche der Rektoren Verständnis gezeigt haben soll.

## Arbeiter als Gewerbeinspektionsgehilfen.

Gewerbeinspektionsgehilfen aus Arbeiterkreisen treten jetzt im Großherzogtum Hessen in Tätigkeit. Bei der Gewerbeinspektion Darmstadt wird ein Werkführer, bei der Gewerbeinspektion Offenbach ein gelernter Portefeuiller, bei der Gewerbeinspektion Gießen voraussichtlich ein Obermonteur, bei der Gewerbeinspektion Mainz ein Werkmeister und bei der Gewerbeinspektion Worms ein Kupferschmied zur Anstellung gelangen. Damit erfüllt die hessische Regierung einen langjährigen Wunsch der Arbeiterschaft.

### Politisches.

— Ein Spezialgesetz gegen Tierquäler verlangt die Pferdeschutzvereinigung für ganz Deutschland in einer an den Bundesrat gerichteten Eingabe. Es wird darin der Wunsch ausgesprochen, daß für Tierquälereien dieselben Strafen wie für Sachbeschädigung eingeführt werden. Am Schlusse des Tierquälereigesetzes müßten die Polizeibehörden ermächtigt sein, im Rahmen dieses Gesetzes auch eigene Polizeiverordnungen zur Verhütung der Tierquälerei zu erlassen. Außerdem wird in einer Petition an den Minister des Innern um die Herausgebung von allgemeinen Anweisungen über Tierschutz und Einrichtung von Tierschutzkursen für Polizeibeamte gebeten.

### Parteinachrichten.

Der „Vorwärts" berichtet eingehend über die sozialdemokratische Landeskonferenz in Hessen, auf der es der Landtagsfraktion ob ihres „gouvernementalen" Standpunktes (die Fraktion hatte bekanntlich den Großherzog zur Geburt seines Sohnes beglückwünscht) recht schlecht erging. Die hessischen „Genossen" haben die Haltung der Fraktion entschieden gemißbilligt und erklärten, daß eine derartige Gefühlspolitik zu vermeiden sei. Die Landtagsfraktion müsse im Parlament alle Handlungen unter dem Gesichtswinkel sozialdemokratischer Weltanschauung ausführen, nicht aber ihnen einen privaten Charakter geben. Dr. David nahm sich dann der Landtagsfraktion an und erklärte, die Fraktion habe keine Verbeugung vor der Monarchie gemacht, sondern sie habe sich, da der Großherzog den sozialdemokratischen Beigeordneten Eißnert bestätigt habe, „nicht rüpelhaft betragen wollen". Schließlich verzieh man der Fraktion den Mangel an rüpelhaftem Betragen in der Voraussetzung, daß sie künftig solchen Mangel nicht wieder merken lasse.

— Die Düsseldorfer „Genossen" haben zum nächsten sozialdemokratischen Parteitage in Essen einen Antrag eingebracht, durch den der Parteitag ersucht wird, zu beschließen, daß in Zukunft keine bürgerliche Partei mehr zu unterstützen sei. Begründet wird der Antrag damit, daß man die Haltung der Fraktion gegenüber dem Zentrum nicht billigen könne. Auch bei den letzten Wahlen sei die Annäherung an das Zentrum gefährlich gewesen.

### Post- und Verkehrswesen.

— Mit Gasglühlicht sollen, nach einer Meldung der „Königsberger Hart. Ztg.", vorläufig 35,000 Personenwagen der preußisch-hessischen Staatseisenbahnen versehen werden. Nach langen Jahren des Probierens und Studierens hat man endlich eine Gasglühlichtlampe erfunden, in der die verwendeten Glühstrümpfe die nötige Haltbarkeit auch bei starken Erschütterungen bewahren, so daß sie im praktischen Eisenbahnbetriebe verwendbar sind. Die Lampen sind in einem Teile der Berliner Stadtbahnen bereits angebracht worden und bewähren sich vortrefflich. Die Einführung des Gasglühlichtes ermöglicht es, auf den Acetylenzusatz zu verzichten, den man in den letzten Jahren zur Erhöhung der Helligkeit verwendete. Dadurch wird die ganze Beleuchtung billiger, obwohl erheblich mehr Licht erzeugt wird, so daß man auf allen Plätzen ohne weiteres wird lesen können. Ein Teil der Lampen soll auch mit Vorrichtungen versehen werden, die das Anzünden und Verlöschen von dem Abteil des Wagens aus gestatten, so daß dann auch das Betreten der Wagendächer durch die Lampenanzünder in Fortfall kommt.

— Eine Aenderung des Fernsprech-Gebührentarifs im Reichspostamte wird einer Meldung der „Hamb. Nachr." zufolge geplant. An Stelle des bestehenden gemischten Tarifs (Gesprächsgebühr oder Pauschalgebühr) soll durchweg die Einzelgesprächsgebühr eingeführt werden. Als Grund der geplanten Aenderung wird angeführt, daß das Reichspostamt bei der Pauschalgebühr nicht auf seine Rechnung kommt, wenn der Fernsprecher sehr oft benutzt wird. Die Gesprächsgebühr soll auf etwa 2—3 Pfg. festgesetzt und bei einer sehr großen Anzahl von Gesprächen ermäßigt werden. — Einem Manne, wie Herrn Krätke, der das ganze Verkehrswesen der Post lediglich vom beschränktesten fiskalischen Standpunkte aus betrachtet, trauen wir schon zu, daß er derartige Pläne hegt. Zum Glück sind aber die Telephontarife im Gegensatz zu dem Tarif für Briefe, Karten, Drucksachen usw. gesetzlich festgelegt. Der Reichstag wird also auch noch ein Wort mitzusprechen haben.

— Die neuliche Meldung, daß im Reichspostamt Erwägungen stattfänden, den Postunterbeamten den Uebergang in die mittleren Stellen der Reichspost- und Telegraphenverwaltung freizugeben, ist dem „Hann. Courier" zufolge in dieser Form unzutreffend. Eine derartige Maßnahme würde auch wohl einem berechtigten starken Widerstand des ganzen mittleren Beamtentums begegnen. Die bei der obersten Postbehörde stattfindenden Erhebungen zu diesem Kapitel haben, so viel das Blatt unterrichtet ist, den Zweck, die minder wichtigen Dienstobliegenheiten der mittleren Post- und Telegraphenbeamten auszuscheiden und künftig durch besonders tüchtige und begabte Unterbeamte wahrnehmen zu lassen, auf diese Weise also wesentlich eine billigere Arbeitsleistung zu gewinnen. Die Unterbeamten würden ihre Befähigung dazu durch eine besondere Prüfung nachzuweisen haben und dann in eine besondere, besser bezahlte Gruppe als „geprüfte, gehobene Unterbeamte" einrücken.

### Schulwesen.

— Ueber den Turnunterricht an Lehrerseminaren ist nach der „Voss. Ztg." ein Erlaß des Kultusministers an die Provinzialschulkollegien ergangen, der von einer Abschrift der auf den Kursus zur Ausbildung von Turnlehrern im Jahre 1908 bezüglichen Bestimmungen begleitet ist. In dem Erlaß heißt es: „Wiederholt bemerke ich, daß es in hohem Maße erwünscht ist, eine größere Zahl wissenschaftlicher Lehrer, welche für die Erteilung des Turnunterrichts geeignet sind, durch Teilnahme an dem Kursus dafür ordnungsmäßig zu befähigen. Bedauerlicherweise wird immer noch an einzelnen Lehrerseminaren der Turnunterricht von Lehrern erteilt, welche hierzu nicht besonders vorgebildet sind. Ich mache es dem Königlichen Provinzial-Schulkollegium zur Pflicht, in dieser Beziehung tunlichst bald Abhilfe zu schaffen. Es sind entweder die betreffenden Lehrer selbst oder, wenn dies wegen des Alters des Betreffenden nicht mehr angeht, geeignete jüngere Kräfte, welchen später der Turnunterricht übertragen werden kann, zu dem hiesigen Kursus zu entsenden."

— Gegen die übermäßige Dauer der Ferien in den Volksschulen richtet sich eine besondere Verfügung des Kultusministers. Die Grundsätze für die Festsetzung der Ferien vom Jahre 1904 über Dauer und Lage der Ferien der Volksschulen sollen vom nächsten Jahre an überall auch zur Durchführung gebracht werden, wo die Kürzung schon bestehender, die Gesamtdauer von 70 Tagen überschreitender Volksschulferien in Frage kommt. Die Ferienordnungen für die Mittelschulen werden von dieser Anordnung nicht berührt.

### Verwaltung und Rechtspflege.

In der Organisation der Verwaltung der indirekten Steuern sollten, wie die „Köln. Ztg." vor einiger Zeit gemeldet hatte, Aenderungen eintreten und im Zusammenhang damit Erhöhungen der Gehälter. Die „Nordd. Allg. Ztg.", die den Artikel der „Köln. Ztg." übernommen hatte, wird jetzt von unterrichteter Seite darauf hingewiesen, daß der zurzeit zur Erörterung stehende Plan einer Umgestaltung der Verwaltung der indirekten Steuern nur als ein durchaus vorläufiger zu betrachten ist, und daß namentlich irgend welche Beschlüsse über etwaige Aenderungen der Gehalts- und Rangverhältnisse der Zoll- und Steuerbeamten bisher nicht gefaßt sind. Das offiziöse Blatt macht auf diesen Tatbestand nachdrücklich aufmerksam, da die Mitteilungen der „Köln. Ztg." und die Tatsache ihrer widerspruchslosen Wiedergabe bei der „Nordd. Allg. Ztg." „allerdings geeignet waren, bei den Beamten der Verwaltung der indirekten Steuern unerfüllbare Hoffnungen zu wecken."

### Industrielles.

— Auf eine Eingabe der deutschen Braunkohlenindustriellen, die Regierung möge wie in der Landwirtschaft, so auch in den Grubenbezirken die Beschäftigung ausländischer Polen zulassen, antwortete der Minister, daß Ausweisungen dieses Jahr nicht beabsichtigt seien.

### Heer und Flotte.

— Kaiserliche Marine. Die Hochseeflotte ist am 6. Aug. von Swinemünde zu Uebungen in See gegangen. „Möwe" ist am 4. Aug. in Wangeroog angekommen und am 5. Aug. wieder in See gegangen. „Frithjof" ist am 5. Aug. in Christiansand eingetroffen und geht am 7. Aug. wieder in See. „Aegir" ist am 4. Aug. in Arendal eingetroffen und geht am 7. Aug. nach Wilhelmshaven weiter. „Schwaben" ist am 5. Aug. von Kiel in See gegangen. Der Dampfer „Willehad" des Norddeutschen Lloyd mit der Ablösung des Ostasiatischen Detachements ist auf der Heimreise wohlbehalten in Singapore eingetroffen und am 6. Aug. nach Colombo weitergegangen.

# Ausland.

## Die Haager Konferenz.

In dem Komitee der ersten Kommission zur Prüfung der Vorschläge betr. die Schiedsgerichte, gab am Dienstag der zweite deutsche Delegierte, Geheimrat Kriege die Erklärung ab, daß die deutsche Delegation gegen die Anträge stimmen wird, die für alle Streitigkeiten juristischer Natur die schiedsrichterliche Entscheidung obligatorisch machen wollen. Die eingehende Prüfung dieser von Amerika, Schweden und Portugal gestellten Anträge habe bestätigt, was Freiherr v. Marschall schon am 23. Juli ausführte, daß ein so allgemeiner Weltschiedsvertrag keine wirkliche juristische Bindung darstellen würde. Geheimrat Kriege wies besonders auf die Staaten hin, wo die Anwendung des Vertrages im einzelnen Falle Sache der parlamentarischen Körperschaften sei und daher allen Zufälligkeiten parlamentarischer Abstimmungen unterliegen würde. Ein solcher Vertrag bedeute keinen Fortschritt, denn die moralische Verpflichtung der Staaten in geeigneten Fällen zur schiedsrichterlichen Entscheidung zu greifen, sei bereits in der Konvention von 1899 ausgesprochen. Es würde im Gegenteil gefährlich sein, weil sich bedenkliche Meinungsverschiedenheiten und Konflikte über die Anwendung seiner Bestimmungen ergeben könnten. Außerdem hindere man damit die gesunde Entwickelung der wirklich obligatorischen Schiedssprechung durch Verträge zwischen den einzelnen Staaten und auf Gebieten, wo sie wirklich möglich ist, und laufe Gefahr, die Idee der obligatorischen Schiedssprechung überhaupt in Mißkredit zu bringen.

In der vierten Kommission der Friedenskonferenz unter dem Vorsitz des russischen Staatsrats v. Martens trat am Mittwoch Sotchinnikow-Rußland für das Recht der Kriegführenden, Prisen zu zerstören, ein, besonders, wenn es sich um Staaten handle, die nicht Häfen genug zur Verfügung hätten, um ihre Prisen dorthin zu führen. Satow-England vertrat den Standpunkt, daß eine Zerstörung gegen die Grundsätze der Neutralität verstoße. Eine Abstimmung fand zunächst nicht statt. Man ging dann zur Beratung des französischen Vorschlages über die Abschaffung des Prisenmachens und die Aufstellung des Grundsatzes der Entschädigung über. Rénault-Frankreich änderte den Vorschlag dahin ab, daß die Staaten nicht aufgefordert werden sollen, Maßnahmen zu ergreifen, sondern nur sich zu bemühen, Mittel und Wege für die Durchführung zu finden. Infolge einiger Vorbehalte erfolgte die Abstimmung über den Vorschlag getrennt. Freiherr von Marschall-Deutschland sprach sich für den ersten Teil in bezug auf die Abschaffung des Prisenmachens aus, machte aber Vorbehalte betr. den Grundsatz der Entschädigung. Die Abstimmung über den ersten Teil des Vorschlags ergab 16 Ja, 4 Nein und 14 Stimmenthaltungen; über den zweiten Teil 7 Ja, 13 Nein und 14 Stimmenthaltungen. Es fehlten bei der Abstimmung 12 Vertreter. England hatte erklärt, daß es inbezug auf die Wegnahme von Prisen die Vorteile des bisherigen Verfahrens nicht aus der Hand zu geben wünsche. Nach kurzer Beratung über die Frage der Fortnahme von Fischerfahrzeugen wurde die Sitzung vertagt.

In der Vormittags-Sitzung der Unterkommission der zweiten Kommission wurde der belgische Vorschlag beraten, der auf die Erinnerung der Konvention vom Jahre 1899 hinzielt. Nach derselben ist es untersagt, Geschosse aus Luftschiffen herabzuwerfen. Die deutschen Delegierten hatten erklärt, für den Antrag zu stimmen unter der Bedingung, daß bei der Abstimmung Einstimmigkeit erzielt würde. Bei der Abstimmung stellte sich jedoch heraus, daß 27 Stimmen ohne Vorbehalt für die Annahme des Antrages abgegeben wurden, 3 für mit dem Vorbehalt, daß Einstimmigkeit erzielt werde, und 5 gegen den Vorschlag. Es wurde daher keine Einstimmigkeit erzielt. Hierauf wurde ein Vermittelungsvorschlag Italiens beraten, in dem gefordert wurde: 1. daß es verboten werden soll, von Luftschiffen aus Städte und Dörfer, die nicht verteidigt werden, zu beschießen und 2. daß ein Ballon, der zu kriegerischen Unternehmungen verwendet werden soll, lenkbar sein muß, und durch eine aus Militärpersonen bestehende Besatzung gelenkt wird. Ueber diesen Vorschlag wurde Artikel für Artikel abgestimmt. Für Art. 1 stimmten 21 Delegierte, dagegen 8, während sich 6 der Stimmabgabe enthielten und 8 nicht erschienen waren; für Artikel 2 stimmten 30 Delegierte, dagegen 2, während 8 sich der Stimmabgabe enthielten und 9 nicht erschienen waren. Die Delegierten gaben alsdann die Gründe an, die sie bei der Abstimmung leiteten. Gündell-Deutschland vertrat die Ansicht, man könne für die lenkbaren Luftschiffe keine besonderen Regeln aufstellen, diejenigen, die nicht lenkbar seien, könnten im Kriegsfalle immer angewendet werden, man könne für ihre Verwendung Regeln aufstellen unter Berücksichtigung der Windrichtung usw. Gündells Ansicht nach liegen keinerlei berechtigte Gründe vor um sie auszuschließen. General Amourel-Frankreich schloß sich diesen Ansichten an. Vor Aufhebung der Sitzung erklärte Reay-England, daß England sich auf den Boden der Konvention vom Jahre 1899 stelle, welche die Anwendung von giftigen Gasen und von Kugeln untersagen, die im menschlichen Körper explodieren.

## Zur Deutschenhetze in Südtirol.

Der Postoffizial Edmund Pellegrini ist am Dienstag plötzlich von Bozen strafweise nach dem kleinen Cavalese mit Herab-

---

Die Tatsache, daß diese lenkbaren Kriegsluftschiffe für den Dienst an der Ostgrenze gebaut werden, zeigt, daß der französische Generalstab sie zur Verwendung bei der Verteidigung von Festungen bereit zu halten wünscht. Das lenkbare Luftschiff ist demnach in erster Linie als Ersatz des Fesselballons gedacht, der zwar schätzbare Dienste, diese aber nur in verhältnismäßig recht beschränktem Maße zu leisten vermag. Der Fesselballon bleibt, seiner ganzen Natur entsprechend, an die Festung geknüpft und man wird ihn erst dann zur Beobachtung des Gegners heranziehen, wenn dieser die Einschließung des Platzes bereits begonnen hat. Das lenkbare Luftschiff hingegen kann vom ersten Tage der begonnenen Feindseligkeiten an in Wirksamkeit treten. Mit guten Beobachtern bemannt, bildet es einen hervorragenden Ersatz der Kavallerie. Es geht wie diese gegen die anmarschierenden Belagerungskorps, oder selbst gegen die großen feindlichen Heereskörper vor, nicht, um sie mit Sprengkörpern zu bewerfen, sondern um ihre nächsten Absichten zu erkunden und die gemachten Wahrnehmungen auf dem raschesten Wege nach rückwärts zu melden.

Aehnlich muß selbstverständlich auch der Gegner verfahren, der über lenkbare Luftschiffe verfügt. Es ist bekannt, daß die an der französischen Ostgrenze seit 1872 angelegten Befestigungen ein so dichtes Netz bilden, daß es einer feindlichen Kavallerie nicht mehr möglich sein wird, den Aufmarsch und die Stellung der französischen Heere im Innern des Landes zu erkunden. Die Aufgabe der Kavallerie übernehmen in diesem Falle die lenkbaren Luftschiffe. Sie werden es versuchen, in größerer Erhebung über dem Boden fliegend, die Schwächen der Festungen selbst zu erspähen und die Richtung zu erkunden, in der sich die französischen Heereskörper zu sammeln suchen.

Selbstverständlich wird man gegenseitig darnach trachten, die unbequemen Beobachter möglichst bald zu vernichten. Vom Erdboden aus greifen Gewehr- und Geschützfeuer ein, um das Luftschiff zu raschem Sinken zu bringen, in der Luft selbst suchen sich die Gegner auf, um auf kurze Entfernungen Schüsse zu wechseln. Bei der großen Gebrechlichkeit des neuen Kriegswerkzeuges genügen sicher schon leichte Beschädigungen, um es außer Gefecht zu setzen. So werden denn auch schon in Frankreich Versuche unternommen, um feste Anhaltspunkte für das Verhalten rekognoszierender Luftschiffe zu gewinnen, also um eine Art von „Lufttaktik" zu entwickeln.

Das beste Verteidigungsmittel für das Luftschiff bleibt seine Beweglichkeit: die Schnelligkeit, mit der es zu fliegen, zu wenden und zu steigen vermag. Vorläufig sind aber die in dieser Hinsicht erzielten Erfolge nur höchst bescheidene zu nennen. Das lenkbare Luftschiff in seiner gegenwärtigen Ausgestaltung vermag sich nur gegen ganz unbedeutende Luftströmungen zu behaupten, jeder stärkere Wind verschlägt es vielleicht nach Gegenden, wohin es keineswegs bestimmt ist und wo es nach der Landung sehr leicht nur noch einen Haufen zerbrochenen und zerschlagenen Materials darstellt. Ferner besitzt das Fahrzeug bis jetzt keineswegs die Eigenschaft, längere d. h. mindestens einen vollen Tag anhaltende Fahrten zurücklegen zu können, und endlich erscheint seine Bewegungsfähigkeit aus der Tiefe in die Höhe vorläufig als viel zu gering, um sich gegebenen Falles unversehrt dem feindlichen Feuer entziehen zu können.

Die Technik hat erst den kleineren Teil der schönen Aufgabe gelöst, die sie sich stellte. Sie wird in Zukunft trachten müssen, den tragenden Ballon einerseits zu verkleinern und andererseits die Stärke des den Flugapparat treibenden Motors trotz der Verminderung seines Gewichtes um ein bedeutendes zu vergrößern und damit die Eigengeschwindigkeit und die Bewegungsfähigkeit des Fahrzeuges ganz erheblich zu vergrößern.

Daß dieses Ziel erreicht werden kann, daran dürfen wir nicht zweifeln. Bis zur Stunde gibt es jedoch noch kein brauchbares Kriegsluftschiff; es wird erst in der Zukunft in Erscheinung treten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19070808027/fragment/page=0002

setzung der Bezüge versetzt worden. Diese Strafversetzung hat darin ihren Grund, daß Pellegrini, der Korrespondent italienischer Blätter ist, der Urheber der aufreizenden Artikel über den deutschen Turnerausflug gewesen ist.

## Russische Schiffsbauten.

Die russische Marineverwaltung beabsichtigt, im laufenden Jahre zwei Panzerschiffe eines neuen Typs nach vom Marineministerium ausgearbeiteten Plänen mit einer Wasserverdrängung von 19,970 Tonnen zu bauen. Die Schiffe sollen, abgesehen von Schnellfeuergeschützen kleinen Kalibers, eine Armierung von zehn zwölfzölligen Geschützen erhalten und mit Turbinenmaschinen für eine Geschwindigkeit von 21 Knoten in der Stunde versehen werden.

## Das Bombardement von Casablanca.

Aus Tanger wird gemeldet: Der französische Geschäftsträger Graf Saint-Aulaire begab sich zu dem Vertreter des Sultans, um ihn über den Charakter des Bombardements von Casablanca aufzuklären und ihm mitzuteilen, daß die marokkanischen Behörden für die geringsten Angriffe gegen die französischen Staatsangehörigen in Tanger verantwortlich gemacht wurden. Der Vertreter des Sultans drückte dem Grafen das lebhafteste Bedauern über die Vorkommnisse in Casablanca aus. Der französische Geschäftsträger hat ferner eine entschiedene Note an Ben Sliman nach Fez gerichtet. Sie legt dar, wie die französischen Soldaten in einen Hinterhalt gelockt wurden, und gibt einen Bericht über die weiteren Ereignisse. Der Geschäftsträger forderte ferner den Maghzen auf, 1. den marokkanischen Behörden von Casablanca dringend den Auftrag zu erteilen, sich unter den Befehl des Kommandanten der französischen Landungstruppen zu stellen und demselben ihren Beistand zu leihen, damit er die notwendigen Strafmaßnahmen treffen könne; 2. in wirksamer Weise über die Sicherheit der Franzosen in Fes und im Innern des Landes zu wachen; 3. die Erfüllung der anläßlich der Ermordung des Dr. Mauchamp versprochenen Genugtuung zu beschleunigen; 4. die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um die Anwendung der durch die Algecirasakte vorgesehenen Reformen zu sichern.

Aus den amtlichen und privaten Nachrichten ergibt sich, einem Pariser Telegramm der „Voss. Ztg." zufolge, folgendes zusammenhängende Bild der Beschießung von Casablanca: Der Teil der französischen Kolonie, der sich noch nicht eingeschifft hatte, war auf dem französischen Konsulat versammelt, gegen das die Eingeborenen Flintenschüsse abfeuerten. Der Stellvertreter des Konsuls, Neuville teilte dies dem Stadthalter Mulei Amin, einem Oheim des Sultans, und dem militärischen Befehlshaber von Casablanca amtlich mit und forderte von ihnen Schutz gegen die Angriffe. Am Sonntag abend ließen beide marokkanische Würdenträger Neuville sagen, sie seien außerstande, das Konsulat zu beschützen. Er solle vom „Galilée", der auf der Rhede ankerte, Bedeckungsmannschaften verlangen. Davon verständigte Neuville den Kapitän des „Galilée", Oliver, noch Sonntag abend und der Kapitän befahl eine Landung für Montag früh. Eine Stunde ehe sie erfolgte, verständigte Neuville nochmals Mulei Amin von der bevorstehenden Maßregel und der Pascha erwiderte, die französischen Matrosen würden als Freunde empfangen werden. Um 7 Uhr stießen zwei Boote mit je einem Maschinengeschütz und 75 Mann unter Führung des Leutnants Ballande ab und näherten sich wegen der Ebbe langsam und mühselig dem Strande. Einige Eingeborene halfen die Boote festmachen und standen bei der Ausschiffung bei. Kaum hatten die Matrosen Fuß gefaßt, als das sogen. Seetor der Ringmauern sich schloß und von der marokkanischen Besatzung ein regelloses Gewehrfeuer gegen sie eröffnet wurde. Eine Kugel durchbohrte Ballande die Hand, neben ihm wurden sechs seiner Leute leicht verletzt. Er befahl sofort den Angriff. Nach kurzer Beschießung sank das Seetor in Trümmer und die kleine Truppe stürzte unter „Hurra"-Rufen in die Stadt. Die Soldaten, die nicht flohen, wurden mit blankem Bajonett niedergemacht. Unter heftigem Feuer aus den Häusern und von den Dächern schlugen die Matrosen sich bis zum französischen Konsulat durch, von dessen Dache sie dem „Galilée" ihre Ankunft und das bestandene Gefecht signalisierten. Der Kreuzer begann darauf unverweilt die Beschießung von Casablanca. Eine erste Melinitbombe zertrümmerte die Landungsbrücke des Zollamtes, eine andere schlug in das Dach der Kasbah, des Stadthalterpalastes. Man vermied die europäischen Häuser und richtete das Feuer auf die marokkanische Vorstadt. Es war leicht, sicher zu zielen, da der „Galilée" nur 1600 Meter von der Ringmauer entfernt lag und das Wetter sonnenklar war. Mittlerweile war es elf geworden. Der „Du Chayla" hörte auf der Fahrt nach Mazagan begriffen, auf hoher See das Geschützfeuer und fragte durch den Funkentelegraphen nach dem Grunde. Der „Galilée" konnte nicht antworten, weil die ersten Kanonenschüsse seinen Apparat in Unordnung gebracht hatten. Der „Du Chayla" eilte unter Volldampf herbei. Kapitän Mangin wurde rasch von der Lage unterrichtet. er ankerte unweit von Galilée, begann sofort ein Melinit-Bombenfeuer auf die Umgebung von Casablanca, wo man Ansammlungen und Bewegungen der Kabylen beobachtete, und schickte in vier Schaluppen 180 Mann an Land. Auf der Reede lag der Personendampfer „Anatolie", der zahlreiche europäische Flüchtlinge aus Casablanca an Bord hatte. Als die Landungstruppen des „Du Chayla" sich in den Schaluppen einschifften, begannen die Reisenden die Marseillaise zu singen, die Matrosen stimmten ein, und unter den Klängen der alten Revolutionshymne sprangen die Blaujacken knapp vor dem Strande ins Wasser, stürmten durch die Torbresche und über die eigentlich ohne Not erkletterte Ringmauer in die Stadt, an heftig feuernden Häusern entlang, zuerst zum portugiesischen Konsulat, dann nach kurzer Pause zum französischen. Unter den Granaten sank der Marabut von Sidibelliot in Trümmer und gingen einige Häuser in der Nähe der Kasbah in Flammen auf. Muley Amin bat nach den ersten Granaten den englischen Vizekonsul um seine Dazwischenkunft, damit das Feuer eingestellt werde. Der Vizekonsul sandte durch einen Parlamentär ein Schreiben an Neuville. Dieser erwiderte, Muley Amin müsse die marokkanischen Soldaten entwaffnen und ihre Waffen sowie sie selbst in Ketten dem Konsulat ausliefern. Um vier Uhr schickte Muley Amin tatsächlich einige Soldaten in Ketten aufs Konsulat mit der Versicherung, daß dies die Leute seien, die gegen seinen Befehl des Morgens auf die Leute vom „Galilé" geschossen hätten. Neuville signalisierte: „Feuer einstellen", ließ aber gleichzeitig Muley Amin wissen, seine Gefangenen würden sofort erschossen werden, wenn noch eine Kugel gegen das Konsulat abgefeuert würde. Um diese Stunde landeten vierzig Mann des spanischen Kanonenbootes „Fernando Cortes" und gelangten unbehelligt zum spanischen Konsulat. Während der Beschießung sollen die beiden Kreuzer 2000 Geschosse auf Stadt und Umgebung geschleudert haben. Man spricht von 200 getöteten Kabylen, doch ist diese Angabe wertlos, weil die Franzosen kein Mittel hatten, über die Verluste der Marokkaner Zuverlässiges zu erfahren. Um 10 Uhr abends ging die „Anatolie" nach Tanger ab, während der „Du Chayla" nach Mazagan weiter dampfte, woher gefährliche Aufregung gemeldet wurde.

## Amerikanische Eisenbahnskandale.

Wie der „Frankf. Zeitung" aus New York gemeldet wird, befürchten dortige Kreise unerquickliche Enthüllungen über gewisse Transaktionen der Delaware Hudson Company. Die letzthin erlangten Lokalbahnen seien so überwertet, daß das Surplus 7,873,000 Dollars abzuschreiben wäre; die Insiders erlangten angeblich hohe Kommissionen. Der s. 8. plötzlich erfolgte Tod des Präsidenten Wilcox wird mit der Affäre in Verbindung gebracht.

# Provinzialnachrichten.

w. **Eisleben**, 8. Aug. [Schweres Schachtunglück.] Auf dem Zirkelschachte bei Klostermansfeld riß heute früh 3 Uhr bei der Einfahrt in den Schacht das Seil. Der Förderkorb stürzte in die Tiefe; drei Bergleute wurden getötet und 8 verletzt.

* **Thale**, 7. Aug. [Unfall oder Ueberfall?] Im Laufe des heutigen Tages verbreitete sich hier die Kunde von einem Raubmord. Zwischen dem Hexentanzplatz und Treseburg sollte ein Tourist mit einer Schußwunde und seiner Barschaft beraubt aufgefunden worden sein. Glücklicherweise bestätigt sich das Gerücht in dieser Form nicht. Allerdings ist ein Herr in dieser Gegend mit einer Kopfwunde aufgefunden, die aber nicht von einem Schuß, sondern von einem Fall herzurühren scheint. Man nimmt an, daß er abgestürzt ist. Einzelheiten sind noch nicht zu erfahren. Einer anderen Meldung zufolge hat ein Leutnant namens Luther vom 140. Inf.-Regt., der sich z. Zt. in einem Sanatorium in Braunlage aufhält, auf einer Tour von Thale nach Treseburg einen jungen Mann getroffen, der ungefähr eine Stunde mit ihm gewandert, dann aber zurückgeblieben sei unter dem Vorgeben, er sei lungenkrank und könne so flott nicht marschieren. Als der Leutnant dann vorausgegangen sei, habe er auf einmal von hinten einen Schuß in den Kopf bekommen der ihn der Sinne beraubt habe. Was weiter mit ihm geschehen sei, wisse er nicht, jedenfalls sei ein Raub nicht ausgeführt, da Uhr, Portemonnaie usw. noch in seinem Besitz gewesen seien. Ein Arzt hat in Treseburg den Angeschossenen verbunden, während von dort aus die gesamte Gendarmerie des Umkreises zur Suche nach dem Täter alarmiert worden ist. Die Tat ist an dem Aussichtspunkt „Kleiner weißer Hirsch" geschehen. Leutn. Luther, der immer noch im Kopf etwas benommen ist, kann keine ganz genaue Auskunft über das Aussehen des Täters geben. Er hat verhältnismäßig viel Blut verloren und war nach dem Schuß einige Meter abgerutscht.

a **Vom Brocken**, 7. Aug. [Witterungsbericht.] Auf dem Brocken herrscht günstiges, trockenes, klares und warmes Wetter. Selbst die Nächte waren ungewöhnlich warm, das Thermometer ging in der Nacht zum Dienstag nur auf 9 Grad und zum Mittwoch auf 10 Grad hinab. Das Mittagsmaximum der Temperatur betrug am 5. 22,8 Grad und am 6. 19,1 Grad, mithin war der Montag auf dem Brocken als der wärmste Tag zu bezeichnen. Am Dienstag war die Fernsicht durch Dunst sehr beschränkt; zuweilen konnte man die umliegenden Ortschaften deutlich sehen, so daß der Besuch des Brockens für die Touristen stets ein lohnender gewesen ist. Gestern gegen 11 Uhr vormittags zeigte das Thermometer fast 18 Grad Wärme, und im Südwesten und Westen türmten sich schwere Gewitterwolken auf. Gegen 12$\frac{1}{2}$ Uhr nachm. erschien im Westen ein Gewitter, das langsam im Süden vom Brocken vorüberzog; die Farben der Blitze konnten nicht festgestellt werden, da während des Gewitters die Brockenkuppe in dichten Nebel gehüllt war; der Niederschlag war nur sehr mäßig, ungefähr 4 mm. Auch heute ist die Fernsicht nicht günstig, weil starke Dunstschichten über Gebirge und Ebene lagern. (Nachdruck, auch auszugsweise, verboten.)

* **Nordhausen**, 6. August. [Selbstmord.] Gestern wurde auf der Halle-Kasseler Bahnstrecke bei Oberdorf hinter dem Garten seiner Pflegemutter, der Gutsbesitzerin Frau Witwe Arand zu Oberdorf, der 22jährige Hofverwalter Karl Lody als Leiche aufgefunden. Der Kopf war vom Rumpfe getrennt. Karl Lody war ein Sohn des früheren zweiten Bürgermeisters Lody in Nordhausen, der bei seinem Tode seine Familie in Armut zurückließ.

Ψ **Freyburg**, 7. Aug. [Das Wetturnen,] das seit 1901 alljährlich zu Ehren des Turnvater Jahn abgehalten wird, findet heuer am 11. August (Sonntag) von $\frac{1}{2}$11—12$\frac{1}{2}$ Uhr statt. Es besteht aus Fünfkampf: Stabhochspringen, Weitsprung, Schleuderball, Steinstoßen und 100 Meter-Lauf. Bisher sind 78 Meldungen eingegangen, sehr stark vertreten ist Leipzig und Umgegend, welche Stadt mit den Vororten Lindenau, Neuschönefeld, Volkmarsdorf und Möckern 31 Wetturner stellt. Am Nachmittag finden Barlauf-Wettspiele statt.

Ψ **Freyburg**, 6. Aug. [Unglücksfall.] Der in der Gerlachschen Dampfziegelei beschäftigte Arbeiter Schwendler verunglückte heute dadurch, daß er vom Fahrstuhl erfaßt und zu Boden geworfen wurde. Er erlitt schwere Verstauchungen des Rückgrats und mußte mittels Wagens nach seiner Wohnung geschafft werden.

* **Bitterfeld**, 7. Aug. [Ein Schadenfeuer] brach in Werben bei Stumsdorf gestern nachmittag im Grundstück des Rentiers Kunze aus, das in kurzer Zeit sämtliche mit allerlei Vorräten angefüllten Wirtschaftsgebäude und Stallungen einäscherte. Es liegt Brandstiftung vor. Die Untersuchung ist eingeleitet.

w. **Greiz**, 8. Aug. [Zu Tode geschleift] wurde in Fraureuth ein 17 Jahre alter Dienstknecht von einem durchgegangenen Ackerpferde.

sk. **Leipzig**, 7. Aug. [Als ein neues Kampfmittel] für eine Lohnbewegung muß der „Fliegende Rasiersalon" betrachtet werden, den der sozialdemokratische Verband der Friseurgehilfen im Vorort Thonberg-Neureudnitz am nächsten Freitag eröffnet, da keiner der dortigen Prinzipale die Gehilfenforderungen bewilligen will. Um den Forderungen der Gehilfen mehr Geltung zu verschaffen, werden die Arbeiter dort kostenlos von vier Gehilfen bedient. Diese neue Kampftaktik, die übrigens auch in anderen Stadtteilen angewandt werden soll, wird besonders wegen ihrer Billigkeit sich des ungeteilten Beifalls der „bärtigen Genossen" erfreuen. Hoffentlich dürfen sich die in der Partei vorhandenen zahlreichen „milchbärtigen Genossen" in den neuen Kampfsalons die Haare schneiden lassen, damit sie auch etwas Vorteil von der Sache haben.

* **Dresden**, 8. Aug. [Hitzschlag.] Am Dienstag nachmittag verstarb auf einem Neubau in der Wilsdruffer Vorstadt ein dort beschäftigt gewesener 46 Jahre alter Arbeiter nach nur einstündigem Unwohlsein am Hitzschlag.

* **Leisnig**, 7. Aug. [Die Pilzvergiftung] hat für die betroffene Familie des Tuchwebers Hermann Wilhelm hier eine traurige Wendung genommen. W. hatte vorige Woche im Walde Pilze gesucht und gefunden, sie wurden zubereitet und von der Familie gegessen. Davon war die ganze Familie erkrankt. Der achtjährige Enkelsohn W.s ist am Montag mittag nach einhalbtägigem Todeskampfe gestorben und auch der Vater ist am Montag abend der Pilzvergiftung erlegen. Großvater und Enkel werden am Donnerstag beerdigt. Die Mutter befindet sich auf dem Wege der Besserung, dagegen ist der Zustand der Tochter noch besorgniserregend.

w. **Chemnitz**, 8. Aug. [Ein Automobil,] das von Dresden hier durchkam und, weil die Insassen des Weges unkundig waren, von hier einen Chauffeur Illgen mitnahm, fuhr heute nacht in der Nähe von Pfaffenheim in den Chausseegraben. Illgen, der verheiratet und Vater eines Kindes ist, wurde dabei der Brustkasten eingedrückt, so daß er sofort verstarb. Die beiden anderen Insassen blieben unverletzt. Das Automobil ist stark beschädigt.

## Das Eisenbahnunglück bei Tremessen.

Ein Augenzeuge der Katastrophe berichtet dem „Berl. Lokalanz.": Etwa sieben Kilometer von Gnesen entfernt, gab es in der Nacht um $\frac{1}{2}$12 Uhr einen furchtbaren Stoß im Zuge. Wir wurden von den Sitzen geworfen, die Lampen erloschen, ein schweres Entsetzen lähmte uns. Als wir uns im Freien befanden, sahen wir, daß von unserem Coupé auch nicht die Spur mehr vorhanden war, es war alles vollständig demoliert worden. Die Wagen hatten sich ineinander geschoben und aus allen Wagen drangen Schreie des Grauens. Nach unserer Ansicht ließ die Hilfe lange auf sich warten, doch mag sein daß uns jede Minute eine Ewigkeit dünkte. Die Rettungsarbeiten wurden nicht nur von dem Personal des Zuges, sondern auch von den Passagieren mit großer Bravour ausgeführt. U. a. tat sich ein junger Mann aus Russisch-Polen hervor, welcher seine Kollegen mit eigener Gefahr des Lebens herausholte. Um 7 Uhr vormittags wurden wir in einem Hilfszug weiter befördert. Auf der Unglücksstätte wurde bekannt, daß die beiden Söhne des Grafen Kayserlingk, eines russischen Edelmannes, die Kadetten sind, schwer verletzt wurden. Der Landrat Ludwig Rothe aus Livland ist schwer verwundet oder vielleicht schon tot. Es gab Schreckensszenen, von denen wir uns schaudernd abwandten. Ein älterer Mann hatte grauenerregende Verletzungen erlitten, andere Personen waren am Kopfe schwer verletzt. Wir selbst schätzten uns glücklich, mit viel geringeren Verletzungen davon gekommen zu sein, die auf der Unfallstelle verbunden wurden.

Ein weiterer Augenzeuge berichtet dem „Berl. Tagbl.": „Ich war eben etwas in meinem Coupé eingeschlafen, als ich durch einen jähen Ruck aufgerissen wurde. Es folgte ein lautes Keuchen und Dröhnen des Zuges, dann eine atemlose Stille. Die zweite Maschine des D-Zuges explodierte bei der Entgleisung, die ihr nachfolgenden fünf Wagen fuhren ineinander und zermalmten alles, was sich zwischen ihnen befand. Zwei Hilfszüge trafen ein. Der Zug zählte 44 Achsen. Unter den Verunglückten waren mehrere Kinder, die vom Ferienurlaub heimkehrten."

## Eine Wendung im Fall Hau.

Baron von Lindenau, der „Herr mit dem grauen Bart", scheint mehr zu wissen als er in dem Briefe zugesteht. Ueber die Person des Barons von Lindenau wird noch folgendes bekannt: Er war früher österreichischer Offizier und bewohnt seit dem 1. August in Mannheim ein möbliertes Zimmer in einem sehr bescheidenen Mietshaus in der Nähe des Friedrichringes. Durch Annoncen in den Zeitungen suchte er Beschäftigung als Lehrer der englischen und französischen Sprache. Bevor er seinen Aufenthalt in Mannheim nahm, hielt er sich in Karlsruhe auf, wo er durch Bauspekulationen sein ganzes Vermögen verloren haben soll. An den Tatort habe ihn damals eine diskrete Angelegenheit geführt. Zwischen ihm und seiner Frau schwebe ein Ehescheidungsprozeß. Da er sich in sehr schlechten finanziellen Verhältnissen befinde, sei ihm der Vorschlag gemacht worden, sich durch eine anderweitige Heirat zu rangieren. Am Tage des Mordes habe er nun mit einer ihm unbekannten Dame ein Rendezvous auf den Lindenstaffeln in Baden-Baden verabredet. Als Erkennungszeichen wollte die Dame einen weißen Schal tragen. Er sei hinter den beiden Damen Molitor gegangen, habe dann gehört, wie der Schuß fiel und gesehen, wie die ältere der beiden Damen wankte und zusammenbrach. Er habe den Frauen zu Hile eilen wollen. Weil die jüngere Dame jedoch um Hilfe rief, glaubte er mit Rücksicht auf die Umstände, die ihn nach Baden-Baden geführt, besser daran zu tun, sich zu entfernen. Er fuhr dann fort: „Ich erkläre jedoch ausdrücklich, daß Hau der Mörder seiner Schwiegermutter nicht ist und es auch nicht sein kann. Unter keinen Umständen werde ich mehr als dieses aussagen. Ich habe meiner Gewissenspflicht genügt."

Diese Mitteilungen erscheinen als ein sehr merkwürdiger Beweggrund, um nicht mit einem unter den obwaltenden Umständen sehr schwer wiegenden Entlastungszeugnis hervorzutreten. Warum ist dieser Freiherr nicht vor Gericht erschienen, um offen auszusagen? Statt dessen wählte er das wenig mutige Mittel des anonymen Briefes. Aber die Sache wird noch besser!

Infolge der neuen Wendung, die der Prozeß Hau durch die Auffindung des neuen Zeugen gewonnen hat, traf Vormittags Oberstaatsanwalt Duffner aus Karlsruhe in Mannheim ein, um persönlich den Zeugen zu vernehmen. Der Oberstaatsanwalt hatte sich jedoch vergeblich bemüht, denn Baron von Lindenau hatte gegen seine sonstige Gewohnheit seine Wohnung verlassen. Seine Wirtschafterin hatte er nicht benachrichtigt. Inzwischen ist er aber, wie bereits kurz gemeldet, am Mittwochabend festgenommen und in Untersuchungshaft gebracht worden.

Weiter wird dem „Berl. Tagbl." noch mitgeteilt: Rechtsanwalt Dr. Dietz, dem der anonyme Brief Lindenaus am Sonntag, den 21. Juli, zuging, kannte die Handschrift. Es stellte sich heraus, daß er gegen Lindenau vor einem Jahr einen Prozeß geführt hatte. Hau erhält im Gefängnis fortgesetzt Briefe von Damen aus den besten Ständen. Sie versichern ihn teils ihrer Hochachtung, teils ihres Mitgefühls. Dr. Dietz ist gegenwärtig mit der Ausarbeitung der Revisionsschrift völlig in Anspruch genommen.

Ueber das Wiederaufnahmeverfahren dürften folgende Einzelheiten von Belang sein. Bereits durch die Zeugin Frl. Eisele ist in der Hauptverhandlung erklärt worden, daß Hau zur Zeit, als der Schuß fiel, in den Lindenstaffeln nicht anwesend war. Herr von Lindenau hat in seinem Briefe angedeutet, daß er weiß, wer der Täter ist.

# Standesamtliche Nachrichten.

**Standesamt Halle N.** (Burgstr. 38), **7. August.**

**Aufgeboten:** Eisenhobler Franz Jürgens u. Hedwig Thomas (Ludwig Wuchererstr. 71 u. Fleischerstr. 3). Steinbruchsarbeiter Otto Gehrhardt u. Marie Wilke geb. Gobel (Trothaerstr. 55). Maler Georg Rau u. Martha Christian (Am Kirchtor 20d u. Körnerstr. 22).

**Geboren:** Terrazzoarbeiter Silvio Miano S., Alfons (Hohenzollernstr. 36). Schlosser Wilhelm Göcht S., Kurt (Petersbergstraße 2). Privatgelehrten Paul Sphigaht T., Anneliese (Ernst Moritz Arndtstr. 5).

**Gestorben:** Inspektor a. D. Gustav Hebel aus Merseburg, 83 J. (Diakonissenhaus).

**Standesamt Halle S.** (Steinweg 2), **7. August.**

**Aufgeboten:** Kellner Bernhard Franke und Emma Haft (Rannischestr. 5). Kellner Albert Thiele und Ida Schultz (Huttenstraße 5a).

**Geboren:** Militärinvaliden Hermann Arnold T., Hedwig (Liebenauerstr. 167). Schmied Bernhard Hermerschmidt T., Frieda (Glauchaerstr. 29). Feuerwehrmann Hermann Flügel S., Hans (Volkmannstr. 6). Geschirrführer Karl Graf S., Franz (Gr. Berlin 6). Steinmetz Friedrich Aehle T., Martha (Alter Markt 16). Lehrer Wilhelm Schumann S., Helmut (Lauchstädterstraße 21). Geschirrführer Franz Starke S., Franz (Thomasiusstraße 32). Müller Paul Laube T., Martha (Merseburgerstr. 53).

**Gestorben:** Brauereiarbeiters Willy Oswad T. Luise, 4 J. (Kellnerstr. 7). Restaurateur Franz Roche, 32 J. (St. Elisabeth-Krankenhaus). Arbeiter Ernst Stieler (Klinik). Schuhmachermeister Wilhelm Fuchs, 67 J. (Klinik). Handarbeiter Karl Friedrich, 58 J. (Klinik). Dachdeckers Hermann Dilsner T. Margarete, 2 M. (Böllbergerweg 20). Arbeiters Otto Mündel S. Otto, 1 J. (Böllbergerweg 57). Schmieds Bernhard Hermerschmidt T. Frida (Glauchaerstr. 29). Ww. Pauline Franke geb. Erhardt, 63 J. (Wolfstr. 24).

**Auswärtige Aufgebote.**

Restaurateur Alfred Ludwig u. Eveline Losche (Halle u. Naumburg). Postbote Karl Stolze u. Lina Dathe (Halle u. Zeitz). Kellner Gustav Leps u. Martha Grube (Halle u. Schkeuditz). Lehrer Karl Müller u. Klara Schnell (Müllerdorf).

Leitung: Otto Sonne.
Verantwortlich für den politischen Teil: J. V.: Albert Herling; für das Feuilleton und für den lokalen Teil: Otto Sonne; für Provinzialnachrichten: Albert Herling; für den Handelsteil: Ernst Böhme; für den Inseratenteil: Ludwig Donges; Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.
— Diese Nummer umfaßt 10 Seiten. —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19070808027/fragment/page=0003

Patentanwaltsbureau
**SACK-LEIPZIG** Brühl 2.
Besorgung u. Verwertung.

**Neu Teilerdeckchen**
für gutes Geichtrr.
**H. Schnee Nachf.**, Gr. Steinstr. 84.

**Damentuch,**
Ia. Qualität, in neuesten Farben zu elegant. Promenadenkleidern, Plüschtuch und moderne Anzugstoffe für Herren und Knaben versende billigst, jedes Maß. Proben frei!
**Max Niemer**, Sommerfeld N.-L.

Ia. holländische
**Torfstreu**
Bruno Mandowsky, Duisburg a/Rhein.

# Bis zum 1. September

werden

## Anzüge nach Mass

im Preise von

**40, 45 bis 50 Mark,**

um die gutgeschulten Arbeitskräfte vor der Saison voll zu beschäftigen, in meiner Massschneiderei angefertigt.

Die Ausführung geschieht durch meine bewährten, ersten Zuschneidekräfte und wird hinsichtlich Passform und Verarbeitung die weitgehendste Garantie geboten.

# S. Weiss, Halle a. S.

**Grösstes Spezial-Geschäftshaus der Provinz Sachsen für feine Herren- und Knaben-Moden.**

**Bis 11. September verreist.**
**Augenarzt Dr. Schulze,**
Halle a/S., Martinsberg 2.
Vertreter: Herr Dr. Krukenberg.

**Von der Reise zurück!**
**Walther Maus,**
Zahntechniker, Gr. Steinstr. 18, I.

**Hygienische**
Bedarfsartikel. Neuest. Katalog m. Empfehl viel. Aerate u. Prof. gratis u. fr.
**H. Unger, Gummiwarenfabrik**
Berlin NW., Friedrichstrasse 21/22.

Stenographische Gesellschaft „Gabelsberger"
Freitag 8 Uhr Rest. „Schultheiss", Merseburgerstrasse 10.

Stenographenverein Stolze-Schrey.
Sitzung Freitag Abend 8½ Uhr im „Freiberg-Bräu", St. Märkerstr.

**Jahnscher Turnverein.**
**Turnübung**
a. der Mitglieder und Jugend-Abteil.: jeden Dienstag und Freitag abends von 8—10 Uhr.
b. der Damen-Abteilung jeden Donnerstag abds. v. 8½—9½ Uhr in der Turnhalle der Mittelschule Torstraße.
Anmeldungen werden in der Turnhalle u. Sonnabend abds. im Vereinslokal „Zum Herzog", Gr. Ulrichstr. 55, entgegengenommen. **Der Vorstand.**

**HEINRICH LANZ, MANNHEIM.**
**LOKOMOBILEN,** fahrbar und stationär, für
**Saft- u. Heißdampf**
D. R. P.
Bewährte Konstruktion!
Mailand 1906: Grand Prix.
Filiale: BERLIN W. 8., Friedrichstr. 186.
Ueber 18000 Stück verkauft.

**Thüringer Handweberverein in Gotha**
vermittelt die Versendung der von den Handwebern gewebten Webstoffe Leinen, Halbleinen usw.
Die Waren sind ganz vorzüglich. Frau Kommerzienrat Schlägel in Halle a. S. schreibt: Jeder, der einen Wunsch über Wäsche äußert, bemerkt dabei: „Aber bitte vom Weberverein, denn das ist am besten."
**Bitte verlangen Sie Musterbüchelchen und Preis-Kurant.** Beides versenden wir gerne gratis und franko.
**Bitte geben Sie den armen Leuten Arbeit.**

**28000 Exemplare verkauft!**
Soeben 29.—30. Tausend erschienen.

## Der Umgang in und mit der Gesellschaft.

Von **Emil Rocco.**

9. durchgesehene und verbesserte Auflage.
Oktav, elegant ausgestattet. Fein gebunden 4 ℳ

☞ Die Vielseitigkeit des Inhalts ergibt nachstehende Uebersicht die Form der Darstellung ist von der Presse rühmend anerkannt worden

Vorwort.
Allgemeines: Anstand. — Natürlichkeit und Unterordnung. — Vom Takt.
Persönliches: Die Haltung des Körpers. — Die äußere Erscheinung. — Die Toilette.
Aus der Gesellschaft: Der Besuch. — Einladungen. — Der Empfang. — Das Vorstellen. — Die Besuchskarte. — Vom Grüßen. — Die Unterhaltung. — Anredeformen. — Allgemeines über den Umgang mit Damen. — Winke zur Beherzigung für junge Mädchen. — Bei Tafel. — Der Ball. — Musikalische Vorträge. — Dramatische Aufführungen. — Lebende Bilder. — Maskenball.
Aus der Familie: Geburt und Taufe. — Die Konfirmation. — Die Verlobung. — Der Polterabend. — Die Trauung. — Die Hochzeit. — Todesfall, Beerdigung, Trauer. — Logierbesuch, Trinkgelder, Dienstboten.
Aus der Oeffentlichkeit: Im Theater und Konzert. — Im Gasthaus, im Café. — Auf der Straße. — Ueber das Reisen. — Vom Rauchen.
Verschiedenes: Etwas über Geschenke. — Der brieflichen Verkehr. — Ueber Etikette bei Hofe. — Allerlei Sport, Unterhaltungsspiele, Wetten. — Zur Geschichte des Tanzes. — Neue Gesellschaftstänze.

**Ein vornehmes Handbuch des guten Tons!**

Stimmen der Presse:
„...Hoch erhaben über sämtlichen ähnlichen Büchern steht Roccos Umgang. .... Wir finden in demselben eine reiche Erfahrung und einen klaren, psychologisch geübten Blick für alles Unpassende und Unschöne im gesellschaftlichen Verkehr. Nicht nur jüngere Leser und Leserinnen, auch ältere Personen werden das immer, zum Teil humoristisch geschriebene Buch mit Vergnügen lesen." Bazar.
„... Das Buch ist geschickt abgefaßt und unterrichtet in frischem, niemals belehrsamem Ton über gesellschaftliche Sitten. National-Zeitung.
„... Ein geeignetes Lehrbuch ist Roccos Umgang in und mit der Gesellschaft. Es erzählt in anschaulicher Weise von den Umgangsformen in Gesellschaft, Familie und Oeffentlichkeit; ferner gibt es feinsinnige Ratschläge in Bezug auf Geschenke, Briefwechsel, Unterhaltung und gesellige Spiele. Deutsche Postzeitung.

Das Buch durchmustert die heutigen Umgangsformen der gebildeten Welt und beleuchtet sie in vornehmer Sprache zu zweckmäßiger Anwendung.

**Halle a. S.** **Otto Hendel,** Verlagsbuchhandlung.

**Auswärtige Theater.**
Freitag den 9. August 1907.
Leipzig. Neues Theater: Husarenfieber. — Altes Theater: Tausend und eine Nacht. — Neues Operetten-Theater (Central-Theater): Haben Sie nichts an verzollen?

**Thalia-Theater**
Geiststraße 42a.
Sonntag, den 11. August, abds. 8¹⁵
**Der Goldbauer.**
Nachmittags 4¹⁵ Uhr
**Kindervorstellung.**
König Faulpelz u. Prinz Lustig.
Montag, den 12. August, abds. 8¹⁵
**Der Goldbauer.**

**Apollo-Theater**
Direktion: Gustav Poller.
Heute, Donnerstag, 8. Aug.: Zum ersten Male!
**„Eine Hochzeitsnacht".**
Schwank in 3 Akten nach dem Englischen von Anthony Hope. Deutsch von A. Roth.
Das Stück erzielte bei seinen bisherigen Aufführungen in Amerika, England, Frankreich und Deutschland einen unaufhaltsamen Lacherfolg!

**Zool. Garten**
Freitag, den 9. August
**XVIII. Elite-Konzert,**
ausgeführt vom
**Leipziger Tonkünstler-Orchester.**
(Leitung: Herr Kapellmeister Günther Coblenz.)
Anf. 4½ Uhr, Ende geg. 10 Uhr.
Eintrittspreis:
Erw. 60 ₰. Kinder 30 ₰.
Von abends 7 Uhr ab pro Person 30 ₰.

**Braunlage** Ober-Harz.
**Siegling's Hotel u. Pension**
Sommer u. Winter geöffnet. Zentralheiz.

**Erholungsheim**
an der Heide und Exerzierplatz.
Zimmer mit u. ohne Pension. Vorzügl. Verpflegung. Fr. Odenwald.

**Braunlage,** Höhenkurort im Oberharz (640 m) „Villa Emilie" (Billen-Viertel), hoch am Berge gelegen, dicht am Fichtenwalde, herrliche Aussicht, gr. elegante Zimmer, vorzügliche Verpflegung.
**Geschw. Peters.** Fernspr. 81.

**Bad Wittekind.**
Morgen Freitag nachmittag 4 Uhr **Kur-Konzert**
der Kapelle des Füsilier-Regiments Nr. 36.
Entree 35 Pfg. **O. Wiegert,** Kgl. Musikdir.

Etablissement Kurzhals 1855 Rabeninsel
**Raben-Insel**
Dienstags u. Freitags Nachmittag v. 3 Uhr (auch bei ungünst. Witterung)
**Militair-Konzert**
ausgeführt vom Trompeter Corps des Mansf. Feld Art. Rgts. No 75.
F. Stade. E. Kurzhals.

**Soolbad Bernburg.**
**3. bis einschliesslich 7. Oktober 1907:**
**Ausstellung**
des Gastwirts-Vereins Bernburg und Umg.
**für Kochkunst, Massenverpflegung, Nahrungsmittel u. gastwirtschaftl. Bedarfsartikel unter Berücksichtigung verwandter Gewerbe**
in den gesamten Räumen und Anbauten des
**„Schützenhauses".**
**Protektor:** Se. Hoheit Prinz Aribert von Anhalt.
**Ehren-Vorsitzender:** Oberbürgermeister Leinveber.
Staats- und Kommunal-Ehrenpreise bereits bewilligt.
Staats-Medaillen beantragt.
**Beste Ausstellungsgelegenheit!**
Prospekte und Anmeldebogen sind zu fordern von der Geschäftsstelle der Ausstellungskommission:
**Restaurant „Union" — Fernsprecher 70.**

**See- u. Solbad Swinemünde**
Ostseebad I. Ranges.
Solbäder im ganzen Jahre. Damen-, Herren-, Familienbad. Waldreiche Umgebung, städtische und ländliche Vorzüge. — Zentral-Verkehr.
**1906: 31981 Besucher.** Auskunft durch die Badedirektion. und dem Verkehrsbureau **Otto Westphal,** Halle a. S., Marktplatz 13 (Marktschloss).

Unmittelbar am Strand, vom Hochwald und Bergen umgeben, liegt
Täglich 4 Schnellzüge von und nach Berlin. **MISDROY** Grossartige Seebrücke. Reger Schiffsverkehr.
Vorzügl. Einrichtungen f. Kur u. Unterhaltung. Behaglicher Aufenthalt f. Familien. Illustr. Führer in Halle d. **Otto Westphal,** Marktplatz 13.

825 m ü. M. **Oberhof** **Thüringer Wald.** Berühmtester Höhenkurort Mittel- u. Norddeutschl. Frequenz 1906: 8367 Kurgäste. Bedeutender Touristenverkehr. — Illustrierte Prospekte durch das Fremden-Komitee.

**Braunlage** **Kurort** 500 m ü. d. M. i. Oberharz. Schwindsuchtige finden **keine** Aufnahme. Illustrierte Führer und jede Auskunft durch die **Kurkommission.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19070808027/fragment/page=0004